

Replik: SN vom 10. August 2017 „Die Reform führt zum Rentenalter 67“

Da stimmt etwas nicht!

Das Interview in der SN vom 10. August mit Ständerätin Karin Keller-Suter zeigt krasse Widersprüche auf. Die Vorlage zur Altersvorsorge 2020 führe zu einem Rentenalter 67 und müsse deshalb abgelehnt werden, kann so gar nicht stimmen. Sie selber hat nämlich im Parlament mit der FDP für das Rentenalter 67 vehement gekämpft und ist dabei gescheitert. Wäre ihre Aussage tatsächlich richtig, dann müsste sie sich nicht gegen, sondern für ein JA zur Altersvorsorge 2020 einsetzen. Doch eine generelle Erhöhung des Rentenalters ist für die Bevölkerung keine Option und wäre sicher nicht mehrheitsfähig. Ständerätin Keller-Suter argumentiert sogar, dass bereits die Erhöhung des Rentenalters um ein Jahr eine Zumutung für die Frauen sei, da gleichzeitig die AHV-Renten erhöht würden. Mit dieser Aussage verkennt Keller-Suter die Bedeutung der AHV für Personen im Tieflohnbereich. Für drei Viertel aller Frauen ist die AHV die wichtigste Einnahmequelle im Alter. Zwar müssen die Frauen mit dem Rentenalter 65 eine Kröte schlucken. Mit dieser moderaten Erhöhung aber können sich Frauen mit kleinen Löhnen mit 64 Jahren frühpensionieren lassen, ohne dass sie gegenüber heute Einbussen bei ihrer Rente in Kauf nehmen müssen. Frauen leisten in unserer Gesellschaft noch immer den grössten Teil der unbezahlten Arbeit. Sie verdienen ihr Leben lang weniger und erhalten dadurch auch tiefere Renten. Eine Erhöhung der AHV ist für sie ein Segen und macht ein Alter in Würde möglich. Ständerätin Keller-Suter bemängelt weiter am vorliegenden Kompromiss, dass die Finanzierung der AHV nur bis ins Jahr 2028 gesichert sei. Hätte sie zusammen mit ihrer Partei das vom Bundesrat vorgeschlagene Finanzierungsmodell nicht bekämpft, dann wäre die Finanzierung der AHV über das Jahr 2030 hinaus gesichert gewesen. Das Parlament hat einen tragfähigen Kompromiss gefunden, der die Renten immerhin für die nächsten zehn Jahre sichert. Ich hoffe, dass die Bevölkerung diesen Kompromiss mitträgt.

11.08.2017; Martina Munz, Nationalrätin